

---

Sitzung des Ausschusses für

**Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

Öffentliche Anhörung: „Wirkung und Finanzierung von sozialen  
Sicherungssystemen in den Ländern des globalen Südens“

---

Stellungnahme der Sachverständigen Dr. Annette Niederfranke  
Direktorin, International Labour Organization (ILO)

**Themenblock B: Finanzierung und Implementierung von sozialen Sicherungssystemen**

*Welche Finanzierungsbedarfe für soziale Sicherung bestehen in Ländern des Globalen Südens, und inwieweit können diese durch eigene nationale Mittel gedeckt werden? Wie können die Länder ihre Einnahmehasis für soziale Sicherung verbessern, und welche Erfolgsbeispiele gibt es hierfür? Welche Rolle könnten WB, IWF und ILO dabei spielen? Wie wird sichergestellt, dass die verbesserte Einnahmehasis zweckgebunden verwendet wird? Welche Rolle spielen Fragen von Governance (Transparenz, Anti-Korruption), stabilen Steuersystemen und die Förderung wirtschaftlicher Entwicklung?*

Wir befinden uns weltweit in einer Zeit multipler Krisen, die in besonderer Weise die Länder des Globalen Südens betreffen und globale Ungleichheit verstärken. Die COVID-19-Pandemie hat nicht nur Millionen von Menschenleben gefordert, sondern auch zu einem beispiellosen Verlust von Arbeitsplätzen und Existenzgrundlagen geführt sowie die Einkommensunsicherheit weltweit verschärft. Existenzbedrohend sind die Auswirkungen für Menschen, die keinen Zugang zu sozialer Sicherheit haben, darunter Beschäftigte in der informellen Wirtschaft, Frauen, Kinder, Jugendliche und Menschen ohne Zugang zu digitalen Technologien.

In jüngster Zeit haben Schwachstellen in der globalen Nahrungsmittel- und Energieversorgung sowie in den globalen Wirtschafts- und Finanzsystemen eine weltweite Existenzkrise ausgelöst, wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Dies muss vor dem Hintergrund der sich überlappenden planetarischen Krisen - Klimawandel, Umweltverschmutzung, Verlust der biologischen Vielfalt - und ihrer negativen Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft, einschließlich Wasser- und Nahrungsmittelsicherheit, Gesundheit und Wohlbefinden, gesehen werden.

Vor diesem Hintergrund sind die ILO-Schätzungen zum Finanzierungsbedarf für einen universellen sozialen Basisschutz (social protection floor) für ausgewählte G20- und andere Länder aus Februar 2023 von besonderer Relevanz. Wie in ILO-Empfehlung 202 dargelegt, garantiert dieser Basisschutz ein Mindestmaß an Einkommenssicherheit sowie eine grundlegende Gesundheitsversorgung für Kinder, Personen im erwerbsfähigen Alter und für ältere Menschen. Damit verbunden ist ein erheblicher Finanzierungsbedarf und eine Steigerung der Investitionen aus dem BIP der jeweiligen Länder.

In *Nigeria* beispielsweise zeigen Schätzungen zu fünf Garantien (Kindheit, Behinderung, Mutterschaft, Alter, Arbeitslosigkeit), dass zusätzliche 4,6 Prozent des BIP bzw. 23 Mrd. USD investiert werden müssen, um einen universellen Basisschutz für Kinder, Mütter von Neugeborenen, Menschen mit Behinderungen, Menschen im Alter und Arbeitslose zu erreichen (Abbildung 1). Darüber hinaus würde die Gewährleistung einer universellen Absicherung für den Zugang zu grundlegenden Gesundheitsdiensten die schrittweise Mobilisierung von zusätzlichen 12,3 Prozent des BIP oder 62 Mrd. USD bedeuten. In anderen Schwellenländern wie *Bangladesch*, gefolgt von *Indonesien*, *Mauritius* und *Indien*, wird ein ähnlicher Finanzierungsbedarf geschätzt. In *Indien* würde die Verwirklichung eines universellen sozialen Basisschutzes, einschließlich eines universellen Zugangs zu den grundlegenden Gesundheitsdiensten, zusätzliche Ausgaben in Höhe von 7,2 Prozent des BIP oder 248 Mrd. USD erfordern (siehe Abbildung 1).

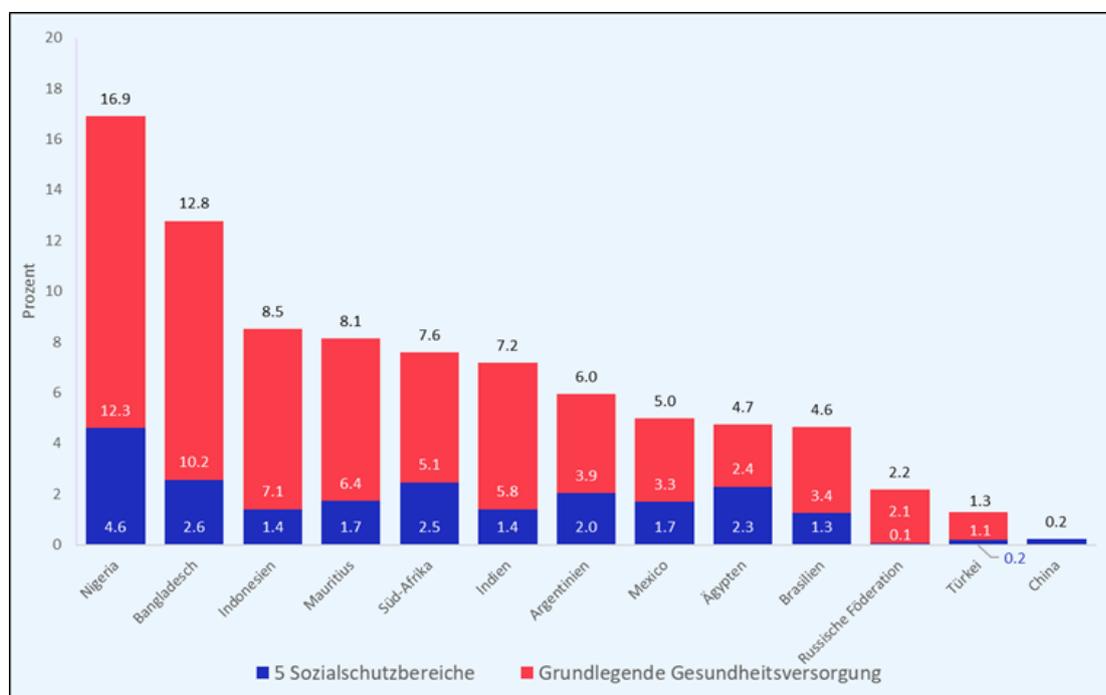


Abbildung 1. Finanzierungslücke für einen universellen Basisschutz, in Prozent des Bruttoinlandsprodukts, ausgewählte Länder (G20 Mitgliedsstaaten und eingeladene Staaten), 2022

Die notwendigen Investitionen in einen Ausbau von sozialen Sicherungssystemen und ihrer zentralen Rolle für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, sind in vielen Ländern, vor allem jenen mit einem hohen Anteil der informellen Wirtschaft, ohne zusätzliche technische und finanzielle Unterstützung kaum zu leisten. Der Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, einschließlich der Ausdehnung der Sozialversicherungsmechanismen auf bislang ungeschützte Bevölkerungsgruppen, kann dazu beitragen, Übergänge von der informellen zur formellen Wirtschaft zu erleichtern, Produktivität zu fördern und damit längerfristig auch die nachhaltige (nationale) Finanzierung von sozialen Sicherungssystemen zu stärken (siehe auch B4).

Die **internationalen Arbeits- und Sozialstandards der ILO** enthalten bereits Grundsätze und Kriterien für die Erweiterung des steuerlichen Spielraums für den Sozialschutz, um diese Finanzierungslücken zu schließen. Das ILO-Übereinkommen über soziale Sicherheit (Mindestnormen) von 1952 (Nr. 102) legt fest, dass die Kosten für soziale Sicherungssysteme (einschließlich ihrer Verwaltung) kollektiv durch Beiträge und/oder Steuern zu finanzieren sind unter ange-

messener Berücksichtigung einkommensschwacher Personen/Gruppen und der Vermeidung ihrer überdurchschnittlichen (finanziellen) Belastung. Laut der Empfehlung von 2012 (Nr. 202) sind nationale Sozialschutzniveaus durch nationale Einnahmen (hauptsächlich Steuern und Sozialbeiträge) zu finanzieren, wobei Länder mit geringerer wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit internationale Zusammenarbeit und Unterstützung suchen können, um ihre eigenen nationalen Anstrengungen zu ergänzen.

Angesichts der erheblichen Deckungs- und Finanzierungslücken beim Sozialschutz empfiehlt die ILO ihren Mitgliedstaaten - ausgehend von den Leitlinien der internationalen Arbeits- und Sozialstandards - mögliche staatliche Einnahmequellen zu prüfen und zu nutzen, um den Sozialschutz auszuweiten, d. h. **aktiv den dringend benötigten fiskalischen Spielraum für den Sozialschutz zu schaffen.**

Der wichtigste Weg zur Erweiterung des finanzpolitischen Spielraums ist die schrittweise Aufstockung der innerstaatlichen Mittel für den Sozialschutz im Einklang mit der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes. Hierfür ist eine der verfügbaren Optionen, die Steuereinnahmen zu erhöhen (sowie die Steuerbemessungsgrundlage zu verbreitern und Steuersätze gerecht anzupassen). Die Länder verfügen über vielfältige Möglichkeiten zur Erhöhung der Steuereinnahmen, wie Verbrauchs-, Umsatz- und Mehrwertsteuer, progressive Steuern wie Einkommens-, Vermögens- und Körperschaftssteuer - einschließlich einer Besteuerung des Finanzsektors - sowie Eigentums-, Erbschafts- und Umweltsteuer.

*Beispielsweise führte Brasilien die Finanztransaktionssteuer ein (von 1997 bis 2008). Damals wurden 42 Prozent der Einnahmen für das öffentliche einheitliche Gesundheitssystem, 21 Prozent für die Sozialversicherung, 21 Prozent für Bolsa Familia (ein Grundsicherungsprogramm) und 16 Prozent für andere Sozialausgaben verwendet. Damit wurden die Steuereinnahmen vollständig für Sozialschutzausgaben verwendet. In ähnlicher Weise verwendete Bolivien die Einnahmen aus den Lizenzgebühren auf natürliche Ressourcen zur Finanzierung einer universellen, beitragsunabhängigen Rente für alle Bolivianer über 60 Jahre und zur Aufstockung von Kindergeldleistungen.*

Im Zusammenhang mit dem Übergang zu einer klimagerechten Wirtschaft und Lebensweise (just transition) werden Umweltsteuern (CO<sub>2</sub>-Steuern, Verbrauchssteuern auf Kraftstoffe und Einnahmen aus Emissionshandelssystemen) erhoben, um Anreize für die Reduzierung des Ausstoßes von Kohlenstoffdioxid zu schaffen. Sie können aber auch Teil einer nachhaltigen Finanzierungsstrategie für den Sozialschutz sein, der im Zuge des Klimawandels mehr denn je notwendig ist. Schätzungen zufolge würde eine Erhöhung des Preises für CO<sub>2</sub>-Emissionen auf 30 EUR pro Tonne CO<sub>2</sub> in Indien zusätzliche Einnahmen in Höhe von etwa 5 Prozent des BIP, in Brasilien, den Vereinigten Staaten, Kanada, Australien, Argentinien, Mexiko und der Türkei in Höhe von etwa 1 Prozent und in Japan, Spanien, Deutschland, Frankreich, dem Vereinigten Königreich, der Republik Korea, den Niederlanden und Italien in Höhe von etwa 0,5-1 Prozent generieren.

Eine zweite wichtige Quelle zur Erhöhung der innerstaatlichen Ressourcen ist die **Ausweitung bestehender Sozialversicherung**. Vor dem Hintergrund der weit verbreiteten Einkommensungleichheit und der anhaltenden Informalität des Arbeitsmarktes in den Entwicklungsländern zielen viele Initiativen darauf ab, den Deckungsgrad und damit auch die Beitragsbasis zu verbreitern und die Einzugsmechanismen zu verbessern. Beispielsweise nutzen Argentinien, Brasilien, Kap Verde und Uruguay einen vereinfachten Einziehungsmechanismus von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen für die Absicherung von Selbständigen und Arbeitnehmern in Kleinunternehmen. Diese Mechanismen, die auch als „Monotax“ (monotributo) bekannt sind, stellen

geringe Anforderungen an Buchhaltungskapazitäten und erleichtern die Einkommensteuererklärung und die Zahlung an verschiedene Sozialversicherungs- und Steuerbehörden. Andere Strategien zur Stärkung der Einziehung von Sozialversicherungsbeiträgen zielen auf die Verhinderung von Betrug ab. So stellt die mexikanische IMSS den Arbeitnehmern monatliche Berichte über die von den Arbeitgebern geleisteten Beiträge zur Verfügung, als abschreckende und korrigierende Maßnahme, um gegen unzureichende Angaben vorzugehen.

Für einkommensschwache Länder oder Länder, die aufgrund von Krisen, Naturkatastrophen oder Klimawandel mit einem erhöhten Bedarf konfrontiert sind, könnten **internationale Finanzmittel** in Verbindung mit **technischer Zusammenarbeit** insbesondere die Mobilisierung inländischer Ressourcen für den Sozialschutz ergänzen und befördern. Trotz der Forderung nach einer Aufstockung der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) zur Unterstützung der Finanzierung nachhaltiger Entwicklung und der Einigung auf eine Zielverpflichtung von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) machte die ODA im Jahr 2021 nur 0,33 Prozent des gemeinsamen Bruttonationaleinkommens (BNE) der Mitgliedsländer des Ausschusses für Entwicklungshilfe (DAC) aus. Unter den G20-Geberländern hat nur Deutschland das 0,7-Ziel erreicht. Der Anteil der tatsächlichen ODA-Zahlungen der Geberländer für den Sozialschutz belief sich 2017 auf lediglich 0,0047 Prozent ihres BIPs.

Weitere Optionen zur Ausweitung der haushaltspolitischen Spielräume sind die Umschichtung öffentlicher Ausgaben, die Verwaltung von Schulden sowie Umschuldungsverhandlungen. Die hohen Ausgaben, die zur Bewältigung von COVID-19 erforderlich waren, führten zu wachsenden Haushaltsdefiziten, einer steigenden Verschuldung und gaben den Anstoß zu einer weltweiten Kampagne zur Haushaltskonsolidierung. Eine aktuelle Übersicht über die wichtigsten Sparmaßnahmen, die von den Finanzministerien und dem IWF geprüft werden, zeigt, dass 91 Regierungen in 64 Entwicklungsländern und 27 Ländern mit hohem Einkommen eine Kürzung der Lohnkosten für öffentliche Bedienstete in Erwägung ziehen. In diesem Zusammenhang wird es für viele Länder schwierig sein, mehr Kredite aufzunehmen, um den finanzpolitischen Spielraum für den Sozialschutz zu erweitern, wobei eine Umschuldung dennoch eine gute Option sein könnte. So gab beispielsweise Ecuador 2008 eine Untersuchung in Auftrag, um die Rechtmäßigkeit seiner Staatsschulden zu bewerten. Obwohl Ecuador beispielsweise alle Schulden, die zur Entwicklung des Landes beigetragen hatten, berücksichtigte, kam es im November 2008 zu einem Zahlungsausfall der von Ecuador als illegitim betrachteten Auslandsschulden, nachdem Ecuador diese nur wenige Wochen später zu 35 Cent pro Dollar zurückkaufte. Die auf diese Weise frei gewordenen öffentlichen Mittel wurden unter anderem in das wichtigste Grundsicherungsprogramm Bono de Desarrollo Humano investiert. Die Ergebnisse sprachen für sich: Die Armut ging von einem Rezessionshoch von 36,0 Prozent auf 28,6 Prozent zurück, die Arbeitslosigkeit sank von 9,1 Prozent auf 4,9 Prozent und die Einschulungsrate stieg deutlich an.

**Überschüssige Steuer- und Devisenreserven** und die **Beseitigung illegaler Finanzströme** sind weitere Möglichkeiten, den steuerlichen Spielraum für den Sozialschutz zu vergrößern. Bei illegalen Finanzströmen (IFF) handelt es sich im Allgemeinen um Geldwäsche, Bestechung durch internationale Unternehmen, Steuerhinterziehung und falsche Preisgestaltung im Handel. Die Eindämmung der IFF und die Korruptionsbekämpfung können eine wichtige Quelle des finanzpolitischen Spielraums für die sozioökonomische Entwicklung sein, wodurch mehr als das Zehnfache der jährlich weltweit ausgezahlten und erhaltenen öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) freigesetzt werden könnte, eine Ressource, die ODA-Empfängerländern jedes Jahr entgeht. Für Ägypten wird geschätzt, dass die Bekämpfung illegaler Finanzabflüsse im Durchschnitt einen jährlichen Betrag in Höhe von 3 Prozent des BIPs einbringen könnte.

Um zu verhindern, dass die "große Divergenz" zwischen reicheren und ärmeren Volkswirtschaften auch im Jahr 2023 den Aufschwung auf dem Arbeitsmarkt prägt, ist die Zusammenarbeit zwischen UN-Organisationen und internationalen Finanzinstitutionen (insbesondere IWF und Weltbank) von entscheidender Bedeutung. ILO und IWF haben die erste Phase der Pilotkooperation auf Länderebene zum Thema soziale Sicherung abgeschlossen. Die Initiative konzentriert sich auf gemeinsame analytische Arbeiten zu nationalen Bedürfnissen und -prioritäten sowie auf Optionen zur nachhaltigen Erweiterung des finanzpolitischen Spielraums für soziale Sicherung. Die kontextspezifischen Themenbereiche der Zusammenarbeit umfassten Rentenreform (Irak), Zielvorgaben für Sozialausgaben (Mosambik), die Klassifizierung von Sozialausgaben (Togo) und steuerlichen Spielraum für die soziale Sicherung (Usbekistan). Diese erfolgreiche Pilotphase setzen ILO und IWF mit weiteren Ländern fort.

Der **Global Accelerator on Jobs and Social Protection for Just Transitions** setzt wie kaum ein Programm zuvor auf Zusammenarbeit zwischen UN- und Finanzinstitutionen. Auf der Grundlage internationaler Menschenrechts-, Arbeits- und Sozialstandards und der systematischen Förderung von sozialem Dialog und Teilhabe bietet der Global Accelerator einen kohärenten Aktionsrahmen, der auf der Basis koordinierter multilateraler Zusammenarbeit relevante politische Lösungen und die erforderlichen Investitionen zusammenführt.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, den finanzpolitischen Spielraum zu erweitern, wobei die nationalen Finanzierungsmechanismen, einschließlich Steuern und Sozialversicherungsbeiträge, für nationale soziale Sicherungssysteme zentral sind. Die Zusage des IWF, den fiskalischen Spielraum für Sozialausgaben zu sichern, ist entscheidend, soweit sie nationale Politiken zur sozialen Sicherung ermöglichen und nicht beschränken. Für Länder, die mit einer hohen Auslandsverschuldung belastet sind, ist es zentral, praktikable Lösungen für eine international vereinbarte Umschuldung zu finden damit sie kontinuierlich in ihre nationalen sozialen Sicherungssysteme investieren können. Gleichzeitig sollten wirtschaftlich starke Länder ihren derzeit nicht erfüllten Verpflichtungen im Bereich der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) nachkommen und Möglichkeiten für einen solidarischen internationalen Finanzierungsmechanismus (wie z. B. einen Globalen Fonds für Soziale Sicherung) in Erwägung ziehen, wie von der Internationalen Arbeitskonferenz gefordert. **Es ist eine wichtige Hebelwirkung internationaler Finanzmittel, die inländischen Bemühungen zur Mobilisierung von Ressourcen zu ergänzen und zu unterstützen.**

*Wie könnten globale Finanzierungsmechanismen ausgestaltet werden, und wie können dabei internationale Entwicklungsgelder im Einklang mit der Eigenverantwortung und Förderung der Eigenfinanzierung der Länder des Globalen Südens eingesetzt werden? Wie können in diesem Zusammenhang Aspekte der Gerechtigkeit und Umverteilung auf globaler Ebene adressiert werden?*

**Globale Finanzierungsmechanismen** sind von entscheidender Bedeutung für die Mobilisierung von Finanzmitteln im erforderlichen Umfang, um die "große Finanzkluft" zu überwinden und die verheerenden sozioökonomischen Folgen und Arbeitsplatzverluste zu überwinden, die durch die multiplen und sich überlagernden Krisen verschärft wurden. Die Mobilisierung von Finanzmitteln ist essentiell, um menschenwürdige und produktive Arbeitsplätze zu schaffen, die soziale Sicherung auszubauen bzw. auszuweiten und Menschen in chronischer Armut und Notlagen zu schützen, darunter Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen, Migrantinnen/Migranten und Beschäftigte in der informellen Wirtschaft, um nur einige zu nennen.

Als Antwort auf die Herausforderungen haben die UN den **Global Accelerator on Jobs and Social Protection for Just Transitions** entwickelt. Bestehende oder/und neue Finanzierungsstrategien und Ressourcen sollen unterstützt bzw. zusätzlich mobilisiert werden, einschließlich einer effektiven Koordinierung zwischen verschiedenen nationalen und internationalen Finanzierungsquellen in den Bereichen Entwicklungszusammenarbeit, klimabezogene- und humanitärer Finanzierungsquellen. Dazu werden Integrated National Financing Frameworks (INFF) und die nachhaltige Budgetierung als wichtige Instrumente zur Unterstützung und Steuerung politischer Entscheidungen genutzt, um komplementäre Finanzierungsquellen auf nationaler und internationaler Ebene, einschließlich der Entwicklungszusammenarbeit strategisch zu nutzen. Auf dieser Basis soll eine nachhaltige Finanzierungsstrategie erarbeitet werden, um den fiskalischen Spielraum für die Umsetzung der integrierten politischen Maßnahmen zu vergrößern, die im Rahmen des Global Accelerator Priorität haben.

Wie bereits angesprochen, fordern zentrale Akteure zur Unterstützung des Aufbaus von sozialen Sicherungssystemen in ärmeren Ländern einen internationalen Finanzierungsmechanismus in der Form eines Global Fund for Social Protection. Die Internationale Arbeitskonferenz gab der ILO das Mandat, Optionen für einen internationalen Finanzierungsmechanismus zu entwickeln. Die ILO hat die Arbeit daran aufgenommen - einschließlich einer Studie zu den Erfahrungen mit Global Funds in anderen Bereichen (Gesundheit, Klima, ländliche Entwicklung) – und wird die Ergebnisse in die Konsultationen zum Global Accelerator einbringen.

*Welche Rolle können soziale Sicherungssysteme für die Absicherung von Klimarisiken spielen? Welche Rolle spielen dabei die Instrumente zur Absicherung von klimabedingten Verlusten und Schäden wie der „Globale Schutzschirm gegen Klimarisiken“ und die auf der COP 27 beschlossenen Finanzierungsfazilität für Schäden und Verluste?*

Soziale Sicherungssysteme können den negativen Auswirkungen des Klimawandels entgegenwirken oder sie sogar verhindern, wenn sie systematisch in nationalen Strategien für einen gerechten Übergang zu einer klimagerechten Wirtschafts- und Lebensweise einbezogen werden.

1. Zum einen können **soziale Sicherungssysteme Menschen direkt vor Klimarisiken schützen und sie bei Klimaanpassung unterstützen.**

Präventiv kann soziale Sicherung helfen, Risiken zu antizipieren und vorbereitend zu planen, wie beispielsweise durch Sozialversicherungen, um Einkommens- und Vermögensverluste vorzubeugen, oder durch Geldleistungen, die längerfristig nötige Investitionen ermöglichen.

Gleichzeitig können soziale Sicherungsmaßnahmen Klimaanpassung aktiv fördern, indem sie die Diversifizierung von Lebensgrundlagen unterstützen, Anpassungskapazitäten stärken und somit die Anfälligkeit für Klimarisiken reduzieren. Beispielsweise helfen öffentliche Beschäftigungsprogramme, natürliche Ressourcen besser zu managen, und gleichzeitig kann entlohnte Beschäftigung zu Arbeitserfahrung, Ausbildung von Fähigkeiten und zur Vermögensbildung beitragen.

Eine zentrale Funktion sozialer Sicherung ist der Schutz vor Armut und Vulnerabilität über den Lebenslauf hinweg, was insbesondere in Krisensituationen und bei langfristigen klimatischen Veränderungen die Resilienz steigert. Länder mit einem sozialen Basischutz (für Einkommenssicherheit in Kindheit, erwerbsfähigem Alter und Rentenalter)

sind besser auf extreme (z.B. Wetter-)Ereignisse vorbereitet. Angesichts der verstärkt auftretenden Folgen des Klimawandels, von der immer mehr Menschen gleichzeitig getroffen sind, müssen soziale Sicherungssysteme weltweit weiter ausgebaut werden.

Soziale Sicherung hat im Kontext von Klimawandel zudem ein transformatives Potential: Ursachen von Armut und Vulnerabilität im Zusammenhang mit Klimarisiken werden direkt angegangen und durch finanzielle und soziale Unterstützung wird die Teilhabe von marginalisierten Gruppen verbessert (z.B. durch Integration von Sozialleistungen und arbeitsfördernden Maßnahmen, um eine nachhaltige Lebensgrundlage aufzubauen, oder durch Schaffung rechtlicher Grundlagen wie bei Mindestlöhnen).

2. Zum anderen können **soziale Sicherungssysteme zum Klimaschutz bzw. der Eindämmung des Klimawandels beitragen** und einen gerechten Übergang zu einer klimagerechten Wirtschafts- und Lebensweise sicherstellen.

Politische Ansätze und Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels können erhebliche positive und negative Auswirkungen auf Menschen haben in Abhängigkeit davon, wie sie konzipiert und gesteuert werden. Potenzielle (vorübergehende) Preissteigerungen sowie wirtschaftliche/strukturelle Veränderungen mit Implikationen für Arbeitsmärkte, Lebensunterhalt und Einkommenssicherheit, können Fortschritte in der Bekämpfung von Ungleichheit Armut untergraben. Soziale Sicherung kann solche negativen Auswirkungen von Politik und Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels abfedern (kompensieren), direkt durch finanzielle Unterstützung (potenziell) betroffener Menschen und Gruppen (auch mit regionalen Schwerpunkten) und damit den Übergang zu einer nachhaltigen Lebensgrundlage fördern. Dabei können auch negative Strategien (z. B. Degradierung von Ökosystemen, emissionsintensive Aktivitäten oder nicht nachhaltige Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen) vermieden werden.

Darüber hinaus kann soziale Sicherung Anreize für nachhaltige und umweltfreundliche Entscheidungen und Investitionen, Einkommensdiversifizierung und Innovation zur Unterstützung des Klimaschutzes schaffen.

Um einen gerechten Übergang zu einer klimaneutralen Wirtschaft und Lebensweise sicherzustellen, ist soziale Sicherung zudem essentiell, um Menschen in die Lage zu versetzen, ihre Fähigkeiten weiterzuentwickeln und Zugang zu neuen menschenwürdigen Beschäftigungsmöglichkeiten zu erhalten.

Nicht zuletzt gibt es Evidenzen dafür, dass soziale Sicherung einen direkten Beitrag zum Klimaschutz, d.h. der Verringerung von Emissionen (bzw. CO<sub>2</sub>-Abscheidung und Speicherung) leisten kann. Empirisch am besten belegt ist dies für öffentliche Beschäftigungsprogramme, wie beispielsweise in Äthiopien: Dort wird geschätzt, dass das nachhaltige Management natürlicher Ressourcen im Rahmen des Productive Safety Net Programms (PSNP) zu einer Verringerung der jährlichen Emissionen auf ca. 1,5 % beiträgt, die das Land in seinem national festgelegten Beitrag zum Pariser Abkommen ab 2021 bis 2030 zugesagt hat.

Doch auch wenn Klimaschutz und -anpassung in Zukunft erfolgreich sein sollten, werden Schäden und Verluste (Loss and Damage) durch den Klimawandel nicht mehr vollständig vermeidbar sein.

Soziale Sicherungssysteme werden weiterhin primär aus den bestehenden Mechanismen der Länder finanziert, d.h. vor allem durch progressive Besteuerung und Sozialversicherungsbeiträge, sowie Effizienzgewinne, Umschichtung öffentlicher Ausgaben, Beseitigung illegaler Finanzströme und Nutzung von Steuer- und Devisenreserven, aber auch Umstrukturierung von Schulden, sowie neue Optionen wie soziale/grüne Anleihen oder CO<sub>2</sub>-Umsätze.

Da bestimmte Klimarisiken in Zukunft nicht mehr (öffentlich oder privat) versicherbar und auch immer mehr Menschen stärker und gleichzeitig betroffen sein werden, sind zusätzliche Finanzierungsinstrumente unerlässlich, die schnell und großflächig soziale Sicherungssysteme stärken und damit die Unterstützung großer Bevölkerungsgruppen z.B. bei extremen Wetter-Ereignissen ermöglichen – insbesondere für besonders vom Klimawandel betroffene Länder mit niedrigem Einkommen.

**Ein Fonds bzw. eine Finanzierungsfazilität für Schäden und Verluste** bietet ein erhebliches Potenzial für die Stärkung bestehender nationaler sozialer Sicherungssysteme (schnell und in großem Umfang), auf deren Grundlage Betroffene schnell identifiziert werden können und auf der Basis bestehender Mechanismen Auszahlungen unmittelbar erfolgen können. Die Kosten für den Auf- und Ausbau der bestehenden sozialen Systeme sind einzukalkulieren, um im Schadensfall und Krisensituationen den Basisschutz sicherzustellen (für Einkommenssicherheit in Kindheit, erwerbsfähigem Alter und Rentenalter sowie effektivem Zugang zu Gesundheitsversorgung) (siehe Empfehlung 202 sowie 205 zu Beschäftigung und Menschenwürdiger Arbeit für Frieden und Resilienz). Bestehende Strukturen helfen im Schadensfall, externe zusätzliche Finanzierung zu poolen und Leistungen an Betroffene direkt aufzustocken bzw. auszuweiten.

Der unter deutscher G7-Präsidentschaft 2022 ins Leben gerufene **Globale Schutzschirm gegen Klimarisiken** bietet eine Chance, Finanzierungen für Menschen und Länder bereitzustellen bzw. zu erleichtern, die mit zunehmenden Risiken durch Verluste und Schäden durch den Klimawandel konfrontiert sind, und somit Verluste und Schäden kosteneffizient und effektiv abwenden. Evidenzbasierte, systematische und umfassende Analysen der nationalen Schutzlücken – insbesondere in bestehenden sozialen Sicherungssystemen – sind dabei wichtig, um diese schließen zu können. Die ILO sieht hierbei besonderes Potential, lang- und kurzfristige Finanzierung zu kombinieren und somit mit Loss- and Damage-Finanzierung nicht nur kurzfristige Auszahlungen, sondern auch langfristige Systemstärkung zu erreichen, wenn die Unterstützung vom globalen Schutzschirm und durch die notwendige Expertise (inkl. der ILO) flankiert wird.

*Wie kann universelle soziale Sicherung (entsprechend der Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen) und die Umsetzung des Menschenrechts auf soziale Sicherheit im Globalen Süden gelingen? Wie werden Berechtigte sowie Beschäftigte erfasst, v.a. Selbständige und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im informellen Sektor? Welche Instrumente zur sozialen Absicherung sind geeignet, um die Bedarfe auch vulnerabler Bevölkerungsgruppen zu erfüllen? Welche praktischen Herausforderungen, etwa bei Auszahlung oder Überweisung der Mittel, existieren?*

Universelle soziale Sicherung ist zentral für die Umsetzung des Menschenrechts auf soziale Sicherheit und die Ziele für nachhaltige Entwicklung, insbesondere Ziel 1.3 und 3.8. Die ILO setzt insbesondere auf die Stärkung nationaler sozialer Sicherungssysteme, die nicht nur den universellen Zugang zu sozialer Sicherung beinhaltet, sondern auch sicherstellt, dass dieser Schutz umfassend, angemessen und nachhaltig ist in Übereinstimmung mit den Normen der ILO. Solche rechtsbasierten Sozialschutzsysteme, die einen sozialen Basisschutz und höhere Schutzniveaus umfassen, garantieren die gesetzliche Verankerung und Beachtung der Rechte und Verpflichtungen aller beteiligten Parteien – Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Regierungen und staatliche Institutionen.

Viele Länder des globalen Südens haben in den letzten Jahren in ihre sozialen Sicherungssysteme investiert und diese nachhaltig gestärkt: Argentinien, Brasilien, China, Kap Verde, Indien, Indonesien, Kenia, Lesotho, Marokko, Mexiko, Mozambique, Namibia, Südafrika und Uruguay haben ihre sozialen Sicherungssysteme erfolgreich ausgebaut und damit Millionen Menschen besser abgesichert. Sie erreichten dies durch eine Ausdehnung ihrer Sozialversicherungsmechanismen, die Einführung oder Stärkung von steuerfinanzierten Programmen oder eine Kombination aus beiden, wie die folgenden Beispiele zeigen.

- China hat über die letzten zwei Jahrzehnte sein soziales Sicherungssystem nachhaltig ausgebaut und hat dessen Abdeckung um mehr als 600 Millionen Menschen erweitert. Während 2009 nur 23 Prozent der Bevölkerung abgedeckt war, hat seit 2017 die gesamte Bevölkerung Zugang zu beitrags- oder steuerfinanzierten Altersrenten, deren Leistungshöhe Schritt für Schritt erhöht wird. Auch im Bereich der Arbeitslosen- und Krankenversicherung hat China wichtige Fortschritte gemacht und prüft auch die Einführung einer Pflegeversicherung.
- Chile, die Dominikanische Republik, Mexiko und Südafrika haben die soziale Absicherung von Haushaltsangestellten entscheidend verbessert, indem sie sie durch vereinfachte Verfahren in die Sozialversicherungspflicht eingeschlossen haben.
- Zahlreiche Länder, wie Ghana, Kasachstan, Ruanda, Sudan, Thailand und Togo haben den Zugang zu Gesundheitsleistungen durch eine nachhaltige Ausdehnung ihrer sozialen Krankenversicherung erreicht. In einigen Ländern, wie z. B. Ruanda, schloss dies auch Maßnahmen ein, um Flüchtlingen den Zugang zu diesen Leistungen zu gewähren.
- Argentinien, Brasilien, Kap Verde und Uruguay haben durch einen vereinfachten Einziehungsmechanismus von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen und flankierenden Maßnahmen den Zugang zu Sozialversicherungen von Selbständigen und Arbeitnehmern in Kleinunternehmen verbessert.
- Zahlreiche Länder, einschließlich Bolivien, Botswana, Eswatini, Lesotho, Namibia, Nepal und Timor-Leste, führten in den letzten Jahren eine universelle steuerfinanzierte Rente für ältere Menschen ein, die zumindest ein Mindestniveau an Einkommenssicherheit im Alter garantiert.
- Kap Verde erreicht mit einer Kombination von beitrags- und steuerfinanzierten Altersrenten mehr als 80 Prozent der Bevölkerung im Erwerbs- und Rentenalter, was unter anderem durch eine bessere Abdeckung der Selbständigen erreicht wurde.
- Argentinien erreicht heute eine nahezu universelle Abdeckung aller Kinder durch eine Kombination von beitrags- und steuerfinanzierten Kindergeldleistungen.
- Indonesien führte 2021 eine Arbeitslosenversicherung ein, die heute 10-16 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern abdeckt.

- Brasilien und Costa Rica gehören zu den Ländern, die einen besseren Zugang von Beschäftigten im Agrarsektor in der Sozialversicherung erreicht haben.
- In Uruguay sind Taxifahrer auf Online-Plattformen (wie Uber oder Grab) verpflichtend durch die Sozialversicherung abgedeckt.

Durch die Investitionen in soziale Sicherungssysteme konnten diese Länder besser auf die Covid-19-Krise reagieren als Länder mit schwächeren Systemen. Gleichwohl hat die Covid-19-Pandemie deutlich gemacht, dass weitere Investitionen zur Stärkung der Systeme dringend notwendig sind. Es wurde deutlich, wie vulnerabel Milliarden von Menschen sind, die eine relativ gute Ausgangsbasis hatten. Besonders betroffene Bevölkerungsgruppen (darunter Kinder, ältere Menschen, unbezahlte Pflegekräfte, Menschen in atypischen Beschäftigungsverhältnissen und Beschäftigte in der informellen Wirtschaft) sind von den bestehenden sozialen Sicherungssystemen entweder unzureichend oder überhaupt nicht erfasst. Infolgedessen konzentrierten sich Regierungen bei der sozialen Sicherung zunächst auf den Schutz der Gesundheit, der Arbeitsplätze und der Einkommen der Menschen, auch um soziale Stabilität zu gewährleisten. Wo es notwendig war, weiteten sie die Absicherung auf zuvor nicht geschützte Gruppen aus, erhöhten den Leistungsumfang oder führten neue Leistungen ein, passten die Verwaltungs- und Zugangsmechanismen an und mobilisierten zusätzliche finanzielle Mittel. Anders als wohlhabenden Ländern fiel es vielen Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen trotz einer gewissen internationalen Unterstützung schwer, auf die Krise durch angemessene Sozialleistungen und Konjunkturmaßnahmen zu reagieren und die nachteiligen Auswirkungen der Pandemie einzudämmen. Diese Schwierigkeiten sind weitgehend auf signifikante Absicherungs- und Finanzierungslücken zurückzuführen. Die sozioökonomische Erholung ist nach wie vor ungewiss und erhöhte Ausgaben für soziale Sicherung werden weiterhin von entscheidender Bedeutung sein.

Heute stehen zahlreiche Länder hinsichtlich der Entwicklung ihrer sozialen Sicherungssysteme an einem Scheideweg. Einerseits haben viele Entscheidungsträger verstanden, wie entscheidend wichtig Investitionen in soziale Sicherung sind, allerdings sehen sich viele Länder auch erheblichen finanzpolitischen Zwängen gegenüber, vor allem die ärmsten Länder. Dies führt dazu, minimalistische Ansätze zu wählen mit der Folge, dass eine nachhaltige Entwicklung nicht stattfindet.

Typischerweise beschränken sich solch minimalistischen Ansätze auf begrenzte temporäre „safety net“-Programme für die Allerärmsten, extern finanziert und ohne gesetzliche Grundlage, flankiert von meist freiwilligen individuellen Spar- und Versicherungsmechanismen für diejenigen, die finanziell etwas bessergestellt sind. Mit solchen minimalistischen Ansätzen wird die Chance vergeben, solide universelle soziale Sicherungssysteme aufzubauen, die Armut verhindern (anstatt nur zu lindern) und Ungleichheit eindämmen und die in der Lage sind, menschliche Fähigkeiten und die Produktivität zu steigern, Würde, Solidarität und Fairness zu fördern und den Gesellschaftsvertrag neu zu beleben.

Es ist notwendig und geboten, Länder darin zu unterstützen, aus den Krisen zu lernen und die sozialen Sicherungssysteme zu stärken und Schutzlücken schrittweise zu schließen. So kann sichergestellt werden, dass alle Menschen zukünftig sowohl gegenüber systemischen Krisen als auch gegenüber den Lebenslauftrisiken geschützt sind. Dies erfordert Unterstützung für den Aufbau universeller, umfassender, angemessener und nachhaltiger sozialer Sicherungssysteme, einschließlich eines soliden sozialen Basisschutzes, der allen Menschen während ihres gesamten Lebensverlaufs zumindest eine soziale Grundsicherung garantiert. Gleichzeitig müssen Sozialversi-

cherungsmechanismen gestärkt werden, die höhere Leistungsniveaus auf der Grundlage von kollektiven Finanzierungsmechanismen und Risikoteilung sichern können. Diese Maßnahmen sind nicht nur geeignet, die soziale Absicherung von vielen bisher ungeschützten Erwerbstätigen in der informellen Wirtschaft zu verbessern, sondern tragen gleichzeitig auch dazu bei, den Übergang in die formelle Wirtschaft zu erleichtern. Dies bedeutet insbesondere, Arbeitnehmern mit unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen, einschließlich selbstständiger Erwerbstätigkeit, Zugang zu angemessenem Sozialschutz zu gewähren und die Wahrung und Übertragbarkeit erworbener Ansprüche sicherzustellen, wie von der Internationalen Arbeitskonferenz gefordert. Nur so ist es möglich, universellen Zugang zu adäquater sozialer Sicherung zu ermöglichen, um Armut und soziale Ausgrenzung zu vermeiden, Ungleichheiten zu verringern und eine Aufrechterhaltung eines angemessenen Lebensstandards und anderer grundlegender Rechte zu garantieren.

*Gibt es Beispiele für den Übergang von internationaler Unterstützung zu eigenständiger nationaler Finanzierung?*

Zum Übergang von internationaler Unterstützung zu eigenständiger nationaler Finanzierung seien hier einige Beispiele genannt:

- **Pakistan** hat enorme Fortschritte bei der Ausweitung von sozialer Sicherheit gemacht. Der Anteil der Bevölkerung, der durch mindestens eine Sozialleistung abgesichert ist, lag 2019 bei 8,0 Prozent und stieg bis 2022 auf 20,1 Prozent. Dieser Fortschritt ist zum Teil auf die Einführung des nationalen Programms zur Armutsbekämpfung Ehsaas im Jahr 2019, sowie mehrerer Initiativen zur Ausweitung sozialer Sicherheit auf Beschäftigte in der informellen Wirtschaft wie Hausangestellten, Landarbeiter, Heimarbeiter, Sanitärarbeiter und Straßenverkäufer, zurückzuführen. Zu den Maßnahmen gehören politische Initiativen, die Einrichtung von Stiftungsfonds zur Schaffung von steuerlichem Spielraum, Bewusstseinsbildung, Registrierung, finanzielle Eingliederung und Schulungen im elektronischen Handel. Diese Verbesserungen gingen mit einer abnehmenden Abhängigkeit von Entwicklungshilfe für soziale Sicherung einher, die von 59,5 Millionen USD im Jahr 2014 auf 1 Million USD im Jahr 2021 zurückging.
- **Sambia** hat ebenfalls den Deckungsgrad sozialer Sicherheit erhöht, von 15,3 Prozent im Jahr 2016 auf 24,6 Prozent im Jahr 2020. Diese Verbesserungen waren das Ergebnis der 2014 eingeführten umfassenden nationalen Strategie für soziale Sicherung (National Social Protection Policy Framework). Zur Ergänzung der nationalen Bemühungen erhielt Sambia internationale Unterstützung von 32 Millionen USD im Jahr 2020, die 2021 auf 14 Millionen USD zurückging.
- Ähnlich hat auch **Simbabwe** Fortschritte in der Ausweitung von sozialer Sicherheit gemacht. Die nationale Strategie für soziale Sicherung (National Social Protection Policy Framework) definierte soziale Sicherung als eine Reihe von Maßnahmen zur Verringerung sozialer und wirtschaftlicher Risiken und Anfälligkeiten sowie zur Linderung von Armut. Infolgedessen stieg der Anteil der Bevölkerung, der durch mindestens eine Sozialleistung abgesichert ist, von 15,3 Prozent auf 24,6 Prozent im Jahr 2020. Gleichzeitig verringerte sich die Abhängigkeit von ausländischer Hilfe für soziale Sicherung von 15,2 Millionen USD im Jahr 2011 auf 5,5 Millionen USD im Jahr 2021.

Dies zeigt die Komplementarität von nationalen und internationalen Finanzierungsmechanismen, die für Fortschritte bei der Ausweitung der sozialen Sicherheit zentral sind. Es sind jedoch weitere nationale und internationale Finanzierungsanstrengungen erforderlich, da in Pakistan, Sambia und Simbabwe noch immer rund 80 % der Bevölkerung keine Sozialschutzgarantie erhalten. Da-

her könnte es zu früh sein, die für den Sozialschutz in diesen Ländern bereitgestellten ODA-Mittel zu kürzen. Da die Höhe der öffentlichen Entwicklungshilfe in den meisten Geberländern weit von der UN-Verpflichtung von 0,7 Prozent des BIPs entfernt ist, bedarf es der aktiven Suche nach Partnerschaften durch die Empfängerländer und Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen durch die Geberländer, um internationale Unterstützung zu sichern.

*Ist es zielführend, Middle Income Countries (MICs) „nur“ Beratung und Expertise zum Aufbau sozialer Sicherungssysteme bereitzustellen, während in Lower Income Countries (LICs) eine angepasste Anschubfinanzierung über eine bestimmte Laufzeit geboten sein könnte? Ist eine solche Differenzierung notwendig, auch im Sinne der Steigerung der Eigenverantwortung?*

**Internationale Unterstützung für den Aufbau sozialer Sicherungssysteme** sollte einem differenzierten Ansatz folgen, der die Situation des Landes und nationale Prioritäten in den Mittelpunkt rückt. In der Tat kann für einkommensschwache Länder eine angepasste Anschubfinanzierung über eine bestimmte Laufzeit geboten sein, die schrittweise in dem Maße reduziert werden kann, in dem das Land die eigenen fiskalischen Kapazitäten stärkt (dafür ist die Formalisierung der Wirtschaft zentral). Für Länder mit stärkeren wirtschaftlichen Kapazitäten kann Beratung und Bereitstellung von Expertise ausreichend sein. Die Kategorisierung der Länder in LICs und MICs mag dazu einen ersten Anhaltspunkt liefern, jedoch sollte einer Entscheidung zum Umfang internationaler Unterstützung eine Einzelfallprüfung vorausgehen, die neben den Prioritäten des Landes auch eine detaillierte Analyse des Potentials umfasst.

**Internationale Unterstützung für den Aufbau sozialer Sicherungssysteme sollte mit nationalen Bemühungen Hand in Hand gehen. Ziel muss sein, nicht nur die Effizienz und Kapazität des inländischen Steuersystems zu verbessern, sondern auch Einkommensungleichheit zu reduzieren.** Damit ist auch eine stärkere internationale Zusammenarbeit in Steuerfragen relevant, wie zum Beispiel die Initiative zur Bekämpfung der Aushöhlung der Steuerbasis und der Gewinnverlagerung sowie Vorschläge für ein einheitliches Steuersystem. Die Bemühungen auf nationaler Ebene können weiter unterstützt werden durch makroökonomische Maßnahmen. Die Richtlinien des IWF zur Sicherung des fiskalischen Spielraums für Sozialausgaben spielen eine entscheidende Rolle, wenn es darum geht, nationale Sozialschutzpolitiken zu ermöglichen, anstatt sie zu beschneiden, insoweit diese die internationalen Arbeits- und Sozialstandards festgelegten Mindestnormen und Prinzipien respektieren.

Gerade für die ärmsten Länder ist die öffentliche Entwicklungshilfe zum Aufbau sozialer Sicherungssysteme unabdingbar. Dabei sollte ein vorausschauender und breit angelegter Ansatz verfolgt werden, der nicht nur die Stärkung des Deckungsgrads und der Angemessenheit der Leistungen, sondern auch die nachhaltige Stärkung der Finanzierungsstrukturen im Blick hat. Dies umfasst auch die Stärkung menschenwürdigen Beschäftigung und die Formalisierung der Wirtschaft im Kontext der Klimakrise und struktureller Anpassungen. Der Global Accelerator for Jobs and Social Protection for Just Transitions bietet in dieser Hinsicht ein kohärentes Aktionsprogramm auf der Basis der Zusammenarbeit von UN-Organisationen und Finanzinstitutionen im Verbund mit nationaler Unterstützung durch Entwicklungszusammenarbeit.

---

## **Quellenverzeichnis**

- Gaarder, E. et al. 2021. [Enterprise Formalization: Tailored Registration, Tax and Social Security Requirements for MSEs?](#)
- Hirvonen, K. and Hoddinott, J. 2020. Beneficiary Views on Cash and In-Kind Payments: Evidence from Ethiopia's Productive Safety Net Programme.
- ILO. 2017. [World Social Protection Report 2017-19: Universal Social Protection to Achieve the Sustainable Development Goals.](#)
- ILO. 2019. [Fiscal space for social protection. A handbook for assessing financing options.](#)
- ILO. 2021. [Building Social Protection Systems: International Standards and Human Rights Instruments.](#)
- ILO. 2021. [Extending Social Security Coverage to Workers in the Informal Economy: Lessons from International Experience.](#)
- ILO. 2021. [Weltbericht Zur Sozialen Sicherung 2020–22 Soziale Sicherung Am Scheideweg – Streben Nach Einer Besseren Zukunft \(Zusammenfassung\).](#)
- ILO. 2021. [World Social Protection Report 2020–22: Social Protection at the Crossroads – in Pursuit of a Better Future.](#)
- ILO. 2022. [Making Decent Work a Reality for Domestic Workers: Progress and Prospects Ten Years after the Adoption of the Domestic Workers Convention, 2011 \(No. 189\).](#)
- ILO and FAO. 2021. [Extending Social Protection to Rural Populations: Perspectives for a Common FAO and ILO Approach.](#)
- ILO, ISSA, and OECD. 2023. [Sustainable Financing of Social Protection:](#) Technical Paper Prepared for the 1st Meeting of the Employment Working Group under the Indian Presidency.
- ILO and UNHCR. 2020. [Handbook on Social Health Protection for Refugees: Approaches, Lessons Learned and Practical Tools to Assess Coverage Options.](#)
- ILO and UNHCR. 2020. [Social Protection in Action: Exploring Public Options of Social Health Protection for Refugees in West and Central Africa.](#)
- ILO and UNICEF. 2023. [More than a Billion Reasons: The Urgent Need to Build Universal Social Protection for Children.](#)
- IMF. 2019. [A Strategy for IMF Engagement on Social Spending.](#) IMF Policy Paper.
- OECD. 2023. OECD. Stat. Members' Total Use of the Multilateral System.

OECD. 2023. [Official development assistance \(ODA\) - OECD](#).

Ortiz, I. and Cummins, M. 2022. [End austerity. A global report on budget cuts and harmful social reforms in 2022-25](#).

UN. 2022. [Global Accelerator on Jobs and Social Protection for Just Transitions: High-Level Summary](#).

UN. 2022. [Global Accelerator on Jobs and Social Protection for Just Transitions: Implementation Strategy](#).

## **Die Internationale Arbeitsorganisation - ILO**

*Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) ist die älteste Sonderorganisation der Vereinten Nationen mit Hauptsitz in Genf. Sie ist zuständig für die Entwicklung, Formulierung und Durchsetzung verbindlicher internationaler Arbeits- und Sozialstandards im dreigliedrigen Dialog: mit 187 Mitgliedsstaaten und einer gleichen Anzahl von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretungen. Hauptziele der ILO sind die Förderung von menschenwürdiger Arbeit, sozialer Sicherung und die Stärkung des sozialen Dialogs – auch im arbeitsintensiven Sektor des Sports.*

### **Ressourcen zum Nachschlagen (Links hinterlegt)**

#### *Die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation*

- [Übereinkommen 87](#) Vereinigungsfreiheit und Schutz des Vereinigungsrechtes (1948)
  - [Übereinkommen 98](#) Vereinigungsrecht und Recht zu Kollektivverhandlungen (1949)
  - [Übereinkommen 29](#) Zwangsarbeit (1930) und
  - [Übereinkommen 105](#) Abschaffung der Zwangsarbeit (1957)
  - [Übereinkommen 100](#) Gleichheit des Entgelts (1951)
  - [Übereinkommen 111](#) Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf (1958)
  - [Übereinkommen 138](#) Mindestalter (1973)
  - [Übereinkommen 182](#) Verbot und unverzügliche Maßnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit (1999)
- 
- Alle weiteren ILO [Übereinkommen](#) finden Sie ebenfalls online (Deutsch)
  - Was ist ein ILO-Übereinkommen? Eine [Einführung](#) (Deutsch)
  - Wie funktioniert die Normenkontrolle der ILO? Eine [Einführung](#) (Deutsch)

#### *Weitere Informationen der Internationalen Arbeitsorganisation*

- Dreigliedrige [Grundsatzklärung](#) über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik der ILO (Deutsch)
- [ILOSTAT](#) – Datenbank zu Arbeitsmärkten und Arbeitsstandards weltweit (Englisch)
- [NORMLEX](#) – Datenbank der ILO über den Ratifikationsstand von internationalen Arbeits- und Sozialstandards in den ILO Mitgliedsstaaten (Englisch)

### **Dr. Annette Niederfranke, Director**

ILO Vertretung Deutschland | T: +49 30 28 09 26 68 | E: niederfranke@ilo.org  
Universitätsstraße 2-3a | D-10117 Berlin | Germany